

Schmitz, Peter Michael

Article — Digitized Version

Agrarpolitik im Parteienstreit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitz, Peter Michael (1986) : Agrarpolitik im Parteienstreit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 5, pp. 233-237

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136157>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Agrarpolitik im Parteienstreit

Peter Michael Schmitz, Gießen

Angesichts verschiedener Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1986 gerät die Auseinandersetzung um eine Neuorientierung der Agrarpolitik immer mehr in den Sog parteipolitischer Kalküle und Versprechen. Worin unterscheiden sich die agrarpolitischen Vorstellungen der Parteien? Darf von ihnen eine ursachenorientierte Lösung der Agrarprobleme erwartet werden?

Selten zuvor ist die agrarpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland so intensiv und so breit geführt worden wie in den letzten Monaten und Wochen. Parteien, Parlamente, Verbände, staatliche Institutionen, internationale Organisationen, Kirchen, Wissenschaft, Medien und nicht zuletzt Stammtische streiten über den richtigen Weg aus der Krise. Der Bundestag hat sich inzwischen mit „Nationalen Notstandshandlungen für die deutsche Landwirtschaft“ befaßt. Derweil kommen aus Brüssel neue Hiobsbotschaften. Im Haushalt für 1986 fehlen voraussichtlich 6 bis 8 Mrd. DM, ein Nachtragshaushalt ist notwendig. Alte und neue Konfliktfelder haben nichts an Schärfe verloren, eine Entlastung ist nicht in Sicht. Überschüsse, Finanzkrise, landwirtschaftlicher Einkommensdruck, Handelskonflikte, wachsende Bürokratie, Umwelt- und Verbraucherbelastung begleiten die Agrarpolitik nach wie vor.

Vor diesem Hintergrund und angesichts verschiedener Landtags- und Kommunalwahlen im Jahre 1986 gerät die bundesdeutsche Auseinandersetzung um eine Neuorientierung der Agrarpolitik immer mehr in den Sog parteipolitischer Kalküle und Versprechungen im Wahlkampf. Offensichtlich haben die Parteien Landwirte und ihre Familien als wichtige Wähler und Meinungsmultiplikatoren auf dem Land wiederentdeckt. Dabei scheint ihnen eine solidarische Grundstimmung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft und gegenüber Hilfen für die Landwirte zugute zu kommen. Zur Präzisierung, Verbreitung und Abgrenzung ihrer agrarpolitischen Reformvorstellungen haben

die Parteien Positionspapiere verabschiedet, die in der öffentlichen Diskussion als Albrecht-Papier (CDU/CSU), Gallus-Papier (F.D.P.) und als Fortentwicklung des Apel-Papiers (SPD) bekannt geworden sind. Im folgenden wird zu prüfen sein, was der Inhalt dieser Papiere ist, was sie verbindet und trennt und ob man von ihnen eine ursachenorientierte Lösung der Agrarprobleme erwarten darf.

Grundpositionen

In der Beschreibung der Ausgangslage unterscheiden sich die einzelnen Positionen nur unwesentlich. Alle vier Parteien im Bundestag erkennen auch die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Agrarpolitik an. Großer Konsens herrscht darüber hinaus bei allgemeinen Grundsätzen und Zielen. Es wird gemeinsam der bäuerliche Familienbetrieb als Leitbild der Agrarpolitik akzeptiert, obwohl dessen Definition verschwommen bleibt und auch wohl eher als der Wunsch nach Konservierung der bestehenden Struktur von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben zu verstehen ist. Diese breite Zustimmung ist bemerkenswert, zeigt sie doch die veränderte Schwerpunktsetzung in der Agrarpolitik weg von den entwicklungsfähigen, leistungsstarken Betrieben hin zur Existenz- und Einkommenssicherung für kleine und mittlere Betriebe, also Strukturhaltung anstatt Strukturanpassung.

Neben dem landwirtschaftlichen Einkommensziel ist es der Umweltschutz, dem sich alle Parteien im Rahmen einer erneuerten Agrarpolitik verpflichtet fühlen. Umweltbelastungen sollen zurückgedrängt und positive Umweltbeiträge sollen honoriert werden. Insbesondere wird ein Entgelt für Umweltleistungen in Aussicht gestellt, die der Landwirt für die Gesellschaft erbringt, aber nicht über den Markt entlohnt bekommt. Daneben gibt

Prof. Dr. Peter Michael Schmitz, 36, lehrt Agrarpolitik am Institut für Agrarpolitik und Marktforschung der Universität Gießen.

es eine Reihe von Zielvorgaben, Wunschvorstellungen, Absichtserklärungen und Ablehnungen, die ohne Präzisierung allgemein zustimmungsfähig und damit leerformelhaft erscheinen und deshalb einer Interpretation hier nicht bedürfen.

Das Albrecht-Papier

Aufbauend auf den genannten Grundsätzen und Zielen hält das agrarpolitische Konzept der CDU und CSU (Albrecht-Papier) an der Markt- und Preispolitik als Grundlage der Einkommenssicherung fest. Die Marktordnungen hätten sich im Prinzip bewährt, müßten nur den neuen Bedingungen angepaßt werden. In der gegenwärtigen Marktsituation seien bestimmte Ziele jedoch nicht erfüllbar. Die Preispolitik müsse deshalb kurz- bis mittelfristig durch andere Instrumente ergänzt werden. Hierzu gehöre insbesondere eine flexibilisierte Milchquotenregelung, die parallel zum Überschußabbau eine Erhöhung der Marktordnungspreise wieder zulasse. Auch an der Zuckermarktordnung, die sich bewährt habe, wird festgehalten. Neben der Förderung von Ölsaaten und Eiweißfutterpflanzen wird insbesondere eine Unterstützung des Anbaus und Absatzes nachwachsender Rohstoffe empfohlen, von der mittel- bis langfristig eine Wiederherstellung des Marktgleichgewichts erwartet wird. Einfuhren von Ölrüchten, pflanzlichen Fetten und Futtermitteln seien mit Hilfe von Selbstbeschränkungsabkommen zu begrenzen, und schließlich seien Ausgleichszahlungen für die Aufgabe ganzer Betriebe oder von Teilflächen vorgesehen. Sonstige direkte Einkommensübertragungen sind ergänzend geplant, aber nur im Rahmen bereits bewährter Instrumente (z. B. Ausgleichszulage im Bergbauernprogramm). Insgesamt sei laut Albrecht-Papier eine Politik des Preisdrucks unsozial und auch nicht überschußmindernd. Ein Patentrezept zur Überschußbeseitigung gebe es deshalb nicht, nur ein Maßnahmenbündel könne Abhilfe schaffen.

Das SPD-Papier

Demgegenüber spricht sich der SPD-Parteivorstand in Anlehnung an das Apel-Papier für eine marktorientierte Agrarpolitik aus, die die Aufgaben des Marktausgleichs und der Einkommenssicherung für die Landwirte stärker voneinander trennt. Im Rahmen der Marktordnungen dürfte es keine uneingeschränkte Interventionspflicht des Staates mehr geben. Marktordnungen sollten bei Aufrechterhaltung des Außenschutzes nur noch eine Grundabsicherung der Preise sowie deren Stabilität gewährleisten. Produktionsgebundene Beihilfen seien zu überprüfen und eine Begrenzung der Futtermittelimporte sei auszuhandeln. Trotz einer vorgese-

henen Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für Defizitprodukte (Produkte mit derzeitigem EG-Einfuhrbedarf) und für nachwachsende Rohstoffe warnt die SPD vor Überschätzung der Absatzmöglichkeiten in solchen Bereichen. Die Quotenregelungen bei Milch und Zucker werden strikt abgelehnt. Eine Ausnahme von Kapazitäten aus der Produktion sowie Extensivierungen und Umwidmungen sollen durch Ausgleichszahlungen entgolten und Leistungen zur Erhaltung von Natur und Landschaft durch Bewirtschaftungsbeiträge honoriert werden. Schließlich sind direkte Einkommenshilfen vorgesehen für kleine und mittlere einkommensschwache Betriebe, die möglichst produktionsneutral auszugestaltet sind, jedoch die bodenabhängige Produktion begünstigen sollen. Insgesamt wird in der Zurückhaltung bei der Preispolitik ein Mittel gesehen, das nicht nur Entlastungen auf den Märkten schafft, sondern auch Finanzmittel für entsprechende Kompensationen von Einkommensausfällen freisetzt.

Das Gallus-Papier

Auch das Gallus-Papier der F.D.P. kommt zu dem Ergebnis, daß die Sicherung angemessener landwirtschaftlicher Einkommen über die Preispolitik allein nicht erreichbar sei. Auch wegen der Marktungleichgewichte sei kurz- bis mittelfristig nur eine vorsichtige Preispolitik möglich. Das Interventionsinstrumentarium müsse erhalten bleiben, aber marktgerechter gehandhabt werden und durch zielgerechte Einkommensalternativen sowie eine geeignete Struktur- und Sozialpolitik ergänzt werden. Auch die F.D.P. lehnt dirigistische Maßnahmen zur Lösung der Überschußprobleme ab, wenn auch etwas zurückhaltender als die SPD, indem sie sich lediglich gegen eine Ausweitung der Quotenregelungen über den Milch- und Zuckerbereich hinaus ausspricht. Wie die SPD übt auch die F.D.P. Zurückhaltung gegenüber dem Anbau öl- und eiweißhaltiger Futterpflanzen sowie nachwachsender Rohstoffe, für die lediglich eine Forschungs- und Entwicklungsförderung, aber keine direkte Absatzförderung vorgesehen ist. Kernpunkte des F.D.P.-Programms sind zweifellos der Ankauf von Flächen für Naturschutz, eine Flächenrente ab dem 55. Lebensjahr für Betriebsstillegungen und Ausgleichszahlungen für Teilflächenstillegungen (Grünbrache) oder Extensivierung als Maßnahmen zur Verminderung der Produktionskapazitäten. Wie das Albrecht-Papier fordert auch die F.D.P. eine Festsetzung von Bestandsobergrenzen in der tierischen Veredlungsproduktion zum Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe. Für die Überbrückung einer zeitweisen finanziellen Mehrbelastung des EG-Haushalts wird eine differenzierte Mitverantwortungsabgabe als Einnahmequelle akzeptiert. Hierin stimmt die F.D.P. mit der SPD überein.

Die Grünen lehnen nach Äußerungen ihrer Agrarsachverständigen die Vorschläge zur Preissenkung (SPD), zur Flächenstillegung (F.D.P.) und zur Förderung von Produktions- und Verwendungsalternativen (CDU/CSU) ab, da sie an der grundsätzlich falschen Weichenstellung nichts ändern würden und trotz dieser Maßnahmen auch in Zukunft die landwirtschaftliche Produktion intensiviert und damit die Umweltbelastung verschärft würde. Kleine Betriebe würden dabei erst recht ihre Existenz verlieren. Ein Ausweg aus der ökologischen und ökonomischen Krise wird über eine flächendeckende Extensivierung durch Übergang zu alternativem Landbau mit Einkommensausgleich, über eine Besteuerung des mineralischen Stickstoffdüngers, über die Förderung des Leguminosenanbaus sowie der Verfütterung heimischen Getreides und schließlich über eine deutliche Preiserhöhung für kleine, weniger ökonomisch, aber mehr ökologisch wirtschaftende Betriebe im Rahmen einer gestaffelten Preispolitik gesucht.

Bewertung

Eine Bewertung der Positionspapiere hat von einer Analyse der Ursachen bestehender Konfliktfelder in der Agrarpolitik auszugehen. Diese finden ihre Erklärung weitgehend in einer verfehlten Agrarpreispolitik, die das Niveau überhöht, die Relationen verzerrt und die Stabilisierung zu weit getrieben hat. Auf solchermaßen preisregulierten Märkten wirken technische Fortschritte und einkommensbedingte Nachfragerückgänge zusätzlich überschußbildend, ursächlich verantwortlich sind sie je-

doch nicht. Eine mittel- bis langfristig tragfähige Lösung der Agrarprobleme kann deshalb nur über eine Deregulierung der Agrarmärkte, insbesondere über eine Wiederbelebung des Preismechanismus erreicht werden. Konkret müßten das Stützungs-niveau für einige hochgeschützte Marktordnungsprodukte langfristig etwas zurückgenommen, die Preisrelationen zwischen den Produkten entzerrt und die künstlich überzogene Binnenpreisstabilität abgebaut werden. Nur so können Handlungsspielräume wiedergewonnen und notwendige Finanzmittel zur Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen mit Hilfe zielgenauere Instrumente freigesetzt werden.

Gemessen an dieser Einschätzung scheint die SPD mit ihrer marktorientierten Agrarpolitik und einer auf Grundabsicherung zurückgeführten Preispolitik das richtige Konzept zu haben. Mit Einschränkung gilt dies auch für die F.D.P., die zumindest kurz- bis mittelfristig eine vorsichtige Preispolitik empfiehlt. Die CDU/CSU scheint eher der Kurzformel „Mengen runter – Preise rauf“ von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle folgen zu wollen. Auch die Grünen fordern zumindest für die kleinen Betriebe Preiserhöhungen. Daß solche Preiserhöhungen insbesondere das Restprogramm im Albrecht-Papier hinsichtlich seiner angestrebten Wirkungen gefährden können, wird offensichtlich übersehen. Tatsache ist nämlich, daß weiter steigende Stützpreise den Absatz in traditionellen und neuen Kanälen behindern und damit nachfrageseitig Überschüsse neu entstehen lassen. Gleichzeitig ergeben sich bei verknappten Flächen und steigenden Bodenpreisen Im-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Klaus Bolz (Hrsg.)

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN OSTEUROPAS ZUR JAHRESWENDE 1985/86

Die Abteilung Sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen des HWWA-Instituts erarbeitet seit nunmehr vierzehn Jahren jeweils zu Jahresbeginn eine nach Ländern getrennte Übersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse des vorangegangenen Jahres sowie über die Entwicklungstendenzen des jeweils laufenden Jahres. Die Beurteilung der gesammelten Daten erfolgt im Hinblick auf die wichtigen Fünfjahrpläne.

Großoktav, 340 Seiten, 1986, brosch. DM 39,-

ISBN 3-87895-295-3

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

pulse für eine zunehmende Bewirtschaftungsintensität, die den flächenbedingten Produktionsrückgang durch aus überkompensieren kann.

Ähnliche Widersprüche finden sich auch in den anderen Positionen. So spricht sich die F.D.P. gegen Dirigismus und eine Ausweitung der Quotenpolitik auf andere Märkte aus, fordert aber gleichzeitig Bestandsobergrenzen in der tierischen Veredelungsproduktion, was einer Quotierung sehr ähnlich ist. Es liegt nahe, Bestandsobergrenzen auch als zwangsläufige Folgeinterventionen einer Milchquotierung zu interpretieren, die die Landwirte vermehrt auf die Fleischproduktion ausweichen läßt. Dieses Wucherungspotential von Quotensystemen wird trotz negativer Beispiele aus anderen Ländern (z. B. in der Schweiz) von der F.D.P. und CDU/CSU unterschätzt, ganz abgesehen von der ordnungspolitischen Bedenklichkeit dieses Instruments.

Der Widerspruch im SPD-Papier liegt in der Forderung nach Marktorientierung einerseits und dem Wunsch nach Beibehaltung des Außenschutzes sowie Begrenzung der Futtermittelimporte andererseits. Es bleibt unklar, wie eine Marktorientierung ohne eine wirkungsvolle Marktöffnung gegenüber den EG-Handelspartnern, gerade auch gegenüber den ärmeren Drittländern, funktionieren kann. Protektion wird nun einmal in einer außenhandelsorientierten Wirtschaft vornehmlich über die Außenhandelsinstrumente (Importabschöpfungen, Exporterstattungen) aufgebaut, und ein Abbau von überzogenem Schutz kann nur über diese bewerkstelligt werden. Werden zusätzlich nicht-tarifäre Handelshemmnisse in Form von Selbstbeschränkungsabkommen oder von EG-internen Beimischungsvorschriften zur Begrenzung der Futtermittelimporte gefordert, wie es auch das Albrecht-Papier anstrebt, ist nicht weniger Protektion und mehr Markt das Ergebnis, sondern eine Eskalation des Handelsprotektionismus und eine totale Marktabschottung mit allen ihren Gefahren für einen Handelskonflikt. Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen der erweiterten EG und den USA scheinen diese Befürchtung zu bestätigen.

Eignung der Instrumente

Neben diesen inneren Widersprüchen sind es insbesondere die vorgeschlagenen Maßnahmen selbst, die kritisch zu betrachten sind. Hierzu gehören das Herauskaufen von Kapazitäten (Milchrente, Flächenstilllegung), die Förderung von Produktionsalternativen (Öl-, Eiweiß- und Faserpflanzen), die Förderung von Verwendungsalternativen (Stärke und Zucker für die chemische Industrie, Bioethanol und andere nachwachsende Rohstoffe) und die differenzierte Mitverantwortungsabgabe. Insbesondere die Flächenstilllegung ist umstritten,

weil sie voraussichtlich nur ertragsarme Grenzflächen erfaßt, die verbleibenden Anbauflächen verteuert, die bodenunabhängige Produktion damit begünstigt, zur Intensitätssteigerung beiträgt, den Strukturwandel und insbesondere die Aufstockung für wachstumsfähige Betriebe erschwert, Umgehungs- und Kontrollprobleme schafft und aus allen diesen Gründen weder nachhaltig überschußsenkend noch haushaltsentlastend wirkt. Dies gilt zumal dann, wenn gleichzeitig an hohen Stützpreisen festgehalten oder sogar Preiserhöhungen durchgesetzt werden, wie dies von der CDU/CSU und den Grünen gefordert wird. Ähnliches gilt für das Herauskaufen von Milchquoten, weil neu entstehende Ausnahmeregelungen auf regionaler und nationaler Ebene (Härtefälle) das System permanent durchlöchern, Überschüsse lediglich auf andere Märkte verlagert werden (z. B. Fleischmärkte) und weil versteckte Überschüsse in Form höherer Fett- und Eiweißanteile in der Milch anfallen.

Die insbesondere im Albrecht-Papier favorisierte Förderung von Produktionsalternativen bringt nur eine scheinbare Überschuß- und Finanzentlastung. Die sogenannten Defizitmärkte verhelfen der EG-Kasse nämlich auch zu Zoll- und Abschöpfungseinnahmen, die beim Zurückdrängen der Importe wegfallen. Darüber hinaus ist eine ähnliche Entwicklung wie bei Butter, Fleisch, Zucker und Getreide zu befürchten, alles ehemalige Defizitprodukte in der Gemeinschaft, die durch eine maßlose Preispolitik zu führenden Exportprodukten am Weltmarkt gemacht worden sind. Die Lösung der Probleme kann deshalb nicht in der preislichen Aufwertung von Defizitprodukten bestehen, sondern in einer allmählichen Rücknahme der besonders hoch protektionierten Bereiche. Hierdurch würden Produktionsalternativen von selbst wieder interessant werden, wie das SPD-Papier richtig aufzeigt. Eine Schließung der Lücken im Sinne einer Ausweitung der Hochprotektion auf alle Produktbereiche einschließlich Futtermittel würde volkswirtschaftlich und auch handelspolitisch sehr teuer erkaufte werden müssen.

Problematisch scheint auch der Ansatz, mit Hilfe nachwachsender Rohstoffe eine langfristige Wiederherstellung der Marktgleichgewichte erreichen zu wollen, solange die agrarischen Rohstoffe teuer gehalten und die Energiepreise niedrig bleiben werden. Bei dieser Konstellation der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für eine Verwendung nachwachsender Rohstoffe zeichnet sich ein neues Subventionsfaß ohne Boden ab. Selbst wenn man dabei langfristige Energiefragen berücksichtigt, bleiben berechnete Zweifel, weil bürokratische Eingriffe gerade in diesem Bereich die ungeheure Dynamik ökonomischer und technischer Entwicklungen, von In-

novationspotentialen, Strukturverschiebungen und Substitutionsmöglichkeiten unterschätzen und die damit verbundenen Anpassungserfordernisse der Eingriffe selbst zu spät erkennen und durchsetzen. Gerade im Energiesektor sollte der Wettbewerb nicht künstlich verzerrt oder ausgeschaltet, sondern bewußt als Instrument zur effizienten Suche nach besten Lösungen unserer Energieprobleme erhalten werden. Festgeschriebene Subventionen schaffen Besitzstände und erschweren diesen Prozeß.

Schließlich wird in den Stellungnahmen der Parteien vorübergehend (SPD/F.D.P.) oder dauerhaft (Grüne) eine Differenzierung der Marktordnungspreise gefordert, die sich an der Leistungsfähigkeit der Betriebe orientieren soll. Konkret sollen einkommensschwache Betriebe höhere und einkommensstarke Betriebe niedrigere Preise erhalten. Nachdem die Steuerungsgenauigkeit der Preise als Instrument zur Einkommensbeeinflussung allgemein als sehr unbefriedigend erkannt worden ist, scheint diese Forderung nach differenzierten oder gestaffelten Preisen besonders verwunderlich. Ganz davon abgesehen wird hierdurch das Leistungsprinzip diskriminiert, sind Überwälzungen auf die Verbraucher zu erwarten, werden auch hier Umgehungsanreize und Kontrollprobleme auftreten und volkswirtschaftlich Ressourcen vergeudet, indem Produktionsfaktoren nicht zum qualifizierten Wirt, sondern in die weniger effizienten Betriebe wandern. Ob dies zumindest umweltentlastend wirkt, ist überdies umstritten, weil signifikante Unterschiede im Umweltverhalten kleiner und großer Betriebe bislang nicht nachgewiesen werden konnten.

Die in allen Programmen geforderte Extensivierung schließlich bzw. die hierzu vorgeschlagenen Instrumente (Stickstoffabgabe, Ausgleichszahlungen) müssen ebenfalls kritisch betrachtet werden, solange an hohen Stützpreisen festgehalten wird und verzerrte Preisrelationen sowie die künstliche Preisstabilität eine Beschleunigung der betrieblichen und regionalen Konzentration der Agrarproduktion mitverantworten.

Fazit

Welches Fazit ist nun aus der Analyse der Parteiprogramme zur Agrarpolitik zu ziehen und welche Politik wird sich voraussichtlich durchsetzen? Mit wenigen Ausnahmen im SPD-Papier sind die meisten Therapievorschläge symptomorientiert, weil offensichtlich Ursache und Wirkung vertauscht werden. Sie sind zugleich häufig einseitig auf die Verminderung des Angebots ausgerichtet und verkennen, daß Überschüsse auch nachfrageseitig mitverursacht werden. Die jeweiligen Manahmebundel sind auch zum Teil in sich widerspruch-

lich, weil nach dem Prinzip verfahren wird, bestehende Instrumente zu erhalten und neue Instrumente additiv hinzuzufügen. Dabei wird übersehen, daß Manahmebundel in ihrer Gesamtheit anders wirken können als die Summe der Wirkungen von Einzelmaßnahmen. Agrarpolitiker sind sich dessen häufig nicht bewußt. Für sie gilt statt dessen eine Vielzahl von Instrumenten als Nachweis ihrer besonderen Sorgfalt, alles versucht zu haben. Zugleich verschaffen sie mehr Eingriffsmöglichkeiten, aber auch mehr Fehlsteuerungspotential. Dahinter verbirgt sich nicht zuletzt ein nach wie vor ungebrochenes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit administrativer Koordinationssysteme beim Setzen von Preisen, Quoten und anderen wirtschaftlichen Daten für die Marktteilnehmer trotz offenkundiger Schwächen von Politik und Administration bei dieser Aufgabe.

Schließlich wird den Landwirten wieder viel versprochen, und Erwartungen auf Einkommen aus anderen Quellen werden geweckt. Es wird den Landwirten nicht deutlich genug gesagt, daß nicht alle einen Hofnachfolger haben werden und daß manche Landwirte gut beraten wären, ihren Kindern eine gute auerlandwirtschaftliche Ausbildung zukommen zu lassen. Statt dessen wird die Erhaltung einer möglichst großen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe gefordert und gleichzeitig verschwiegen, daß damit auch die Einkommenschancen für den einzelnen verschlechtert und Überschüsse nicht abgebaut werden. Als langfristig tragfähig können diese vorgeschlagenen Lösungen deshalb nicht betrachtet werden.

Trotz dieser Einwendungen scheint sich die Agrarpolitik in Bonn und Brüssel nicht grundsätzlich zu ändern. Hierüber dürfen auch die neuesten Brüsseler Beschlüsse nicht hinwegtäuschen. Gemessen in nationaler Währung sind nämlich mit Ausnahme von Getreide für fast alle Produkte Preisanhebungen beschlossen worden, was zusätzliche Mittel beansprucht. Für diese implizite Preiserhohungspolitik und die national geplanten Kompensationszahlungen wird in Bonn bereits mehr Geld nach dem Motto gefordert: Wer Europa will, müsse dafür auch mehr Mittel aufbringen. Die Suche nach solchen Freiräumen hat in dem Maße Erfolg, wie die vorhandene Solidarität der Nichtlandwirte mit den Landwirten gefördert wird und die wahren Kosten dieser Politik verschleiert werden können. Zumindest in der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit die Voraussetzungen hierfür günstig. Vor diesem Hintergrund wird die intensiv geführte Diskussion über eine Neuorientierung der Agrarpolitik nicht zu einer Lösung der Agrarprobleme beitragen, sondern diese auf die lange Bank schieben und um die Dimension eines zusätzlichen Instrumentariums erweitern.